

deutschland die Energie über tschechische Stromtrassen umgeleitet wird. Die tschechische Regierung beabsichtigt deswegen, an der Grenze mit Deutschland Energietransformatoren zu bauen, um bei einer Gefahr des Blackouts die Energiezulieferung aus Deutschland unterbrechen zu können.



*Das Pumpspeicherwerk Dlouhé Stráně ist mit einer Engpassleistung von 650 Megawatt das größte Pumpspeicherkraftwerk Tschechiens. Das Oberbecken liegt in 1.350 Metern Höhe.*

Ein weiteres potenziell problematisches Thema der deutsch-tschechischen Beziehungen ist die Einführung der Kapazitätsmärkte. Als Reaktion auf die Energiekrise wird in Deutschland darüber diskutiert, dass der Staat den Stromkonzernen vorschreibt, wie viele Kraftwerke vorhanden sein müssen (bspw. Kohlekraftwerke) und zahlt dafür einen festen Betrag. Aufseiten der tschechischen Regierung besteht gegenüber einem solchen Garantiepriesssystem eine äußerst skeptische

Haltung, da sie eine Einschränkung der Flexibilität des Landes bei der Festlegung der Energiequellen direkt oder indirekt gegeben sieht. Vor diesem Hintergrund wird die Diskussion in Deutschland darüber sehr aufmerksam verfolgt.

Auf der europäischen Ebene vertritt Tschechien eine eher zurückhaltende Position. Bei den Verhandlungen über den Rahmen für Energie- und Klimapolitik bis 2030 bevorzugt Tschechien die Einführung eines gesamteuropäischen Ziels zur Reduktion der Treibhausgase in der Höhe von nur 35 Prozent. Bei den erneuerbaren Energiequellen unterstützt Tschechien eine Zielmarke von 24 Prozent. Tschechien steht der Festlegung eines gemeinsamen Zielwertes für die Energieeffizienz sehr skeptisch gegenüber. Die einzelnen Mitgliedstaaten sollen Garantien dafür erhalten, über die Mittel zur Erreichung dieses Zieles selbst entscheiden zu können. Weiterhin fordert Tschechien das Burden-sharing zwischen EU-ETS sowie nicht EU-ETS-Wirtschaftsbereichen, bei dem die Höhe des BIPs, die bisherige Intensität der Bemühungen der Mitgliedstaaten und der Anteil der Industrie am BIP berücksichtigt wird.

Insgesamt gehört die Tschechische Republik zu den Staaten, die den Klimaschutz und einen schrittweisen Übergang zu einer CO<sub>2</sub>-armen Wirtschaft befürworten. Es fehlt jedoch an ambitionierten politischen Initiativen und an der Umsetzung der bisher in Angriff genommenen Initiativen. Die Klimapolitik wird den Interessen der Wirtschaft und der Energiesicherheit des Landes untergeordnet. Ein aktiver Kampf gegen den Klimawandel steht im Schatten einer Adaptation auf den Klimawandel. Als ein Motor einer mehr ambitionierten Klimapolitik dienen vor allem die EU-Initiativen.

## UNGARN

Frank Spengler | Mark Alexander Friedrich

### UNGARN: UMWELTPOLITIK GEWINNT AN BEDEUTUNG

Der Klimawandel und dessen Folgen gehören nicht zu den vorrangigen Themen des öffentlichen Diskurses in Ungarn. Zwar ist das Thema Energie wichtig, doch sind für die Bevölkerung dabei primär der Strompreis und die Versorgungssicherheit bedeutend, nicht Fragen der Nachhaltigkeit. Nach der Wende war die

Lösung alltäglicher Probleme für Politik wie Gesellschaft wichtiger als der Umweltschutz. Entsprechend wurde das Thema Klimawandel erst spät aufgegriffen. Zudem wurde die Diskussion nicht von der Bürgergesellschaft, sondern verstärkt von der staatlichen Ebene initiiert. Auf politischer und medialer Ebene lag der Fokus in den vergangenen Jahren vermehrt auf der Frage, wie Ungarn sich von russischem Gas unabhängig machen und seine Energieversorgung diversifizieren könnte. Nichtsdestotrotz hat die Regierung sich auf internationaler Ebene im Klimaschutz enga-

giert und nationale Institutionen der Nachhaltigkeit geschaffen. Der erstmalige Wiedereinzug der grünliberalen LMP in die ungarische Nationalversammlung deutet auch auf eine wachsende gesellschaftliche Bedeutung von Umweltfragen hin.

#### INSTITUTIONEN DER NACHHALTIGKEIT UND RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Ungarn hat 2013 die „Zweite Nationale Klimawandelstrategie 2014–2025 mit Ausblick auf 2050“ veröffentlicht, in der die Konsequenzen des Klimawandels für Ungarn und die daraus abgeleiteten notwendigen Maßnahmen dargelegt werden. Ungarn wird, so der Bericht, aufgrund seiner geografischen Gegebenheiten von der zu erwartenden Entwicklung des Klimas besonders betroffen sein. Dies gelte insbesondere für die ohnehin schon benachteiligten Regionen des Landes. Die Landwirtschaft müsse, wie schon in den vergangenen Jahren, mit vermehrten Trockenperioden rechnen. Die Politik solle dies in ihrem Handeln berücksichtigen. Parallel zur Klimawandelstrategie wurde auch eine „Nationale Rahmenstrategie für die nachhaltige Entwicklung Ungarns“ verabschiedet, die neben Energieeinsparung u. a. auch die Versorgungssicherheit beinhaltet.

Auf institutioneller Ebene ist die ungarische Institution des stellvertretenden „Ombudsmannes für zukünftige Generationen“ weltweit ohne Beispiel. Er kann über den „Ombudsmann für Grundrechte“ Rechtsverfahren initiieren und an Ermittlungen teilnehmen, beobachtet die Umsetzung der Strategie für nachhaltige Entwicklung und kann Empfehlungen bei der Ausgestaltung der Gesetzgebung abgeben, die die Rechte zukünftiger Generationen betreffen. Im Rahmen seiner Tätigkeiten stellt er sicher, dass die natürlichen Ressourcen als gemeinsames Erbe der Nation und der Schutz der Rechte zukünftiger Generationen in der Gesetzgebung angemessen berücksichtigt werden.

Das neue ungarische Grundgesetz von 2012 gliedert sich nach Nachhaltigkeitskriterien. Das Verfassungsgericht betonte in seinen Urteilen, dass das Grundrecht auf Leben und Menschenwürde den Staat verpflichte, die Lebensbedingungen künftiger Generationen zu schützen. Zudem hat Ungarn einen Rat für Nachhaltige Entwicklung, in dem Ministerien, die staatliche Verwaltung und Nichtregierungsorganisationen vertreten sind. Er ist ein Beratungsorgan des ungarischen Parlaments bei der langfristigen Gestaltung der Politik im Sinne der Werte und Interessen zukünftiger Generationen.



*Die ungarische Puszta ist eine vegetationsarme Steppe mit stark kontinentalem Klima.*

#### ENERGIE- UND ENERGIESICHERHEITSPOLITIK UNGARNS

Die Energieversorgung Ungarns steht heute im Wesentlichen auf zwei Säulen: Gas – weitgehend aus Russland importiert – und Nuklearenergie aus einem Atomkraftwerk russischer Bauart bei Paks in Mittelungarn. Ziel der Regierung ist es, in den kommenden Jahren die Gasabhängigkeit zu reduzieren. Sie hat sich daher zu Jahresbeginn 2014 auf den Ausbau des Atomkraftwerks Paks in Zusammenarbeit mit Russland festgelegt. Das russische Unternehmen Rosatom wird das durch den staatlichen ungarischen Stromkonzern MVM betriebene Kernkraftwerk, das zurzeit 1.860 Megawatt Strom produziert und etwa 37 Prozent des Strombedarfs deckt, um jeweils zwei 1.200 Megawatt starke Reaktorblöcke erweitern. Der erste Block soll 2023 übergeben werden. Die Regierung will damit vor allem eine diversifizierte Energieversorgung sicherstellen und die Versorgungssicherheit erhöhen.

In den Medien wurden die Pläne zum Ausbau, insbesondere vor den nationalen Wahlen am 6. April 2014, sehr grundsätzlich diskutiert. Kritiker bemängelten mit Bezug auf die Ukraine-Krise, dass die Versorgungssicherheit aufgrund der Zusammenarbeit mit Russland nicht erhöht würde. Die Regierung verwies hingegen darauf, dass das einzige ungarische Kernkraftwerk von Russland gebaut wurde. Dieses funktioniere hervorragend und die neuen Atommeiler würden ungarisches Eigentum. Durch den geplanten Ausbau könnte auch die Abhängigkeit von russischen Rohstoffimporten sinken. Kritiker verwiesen zudem auf den deutschen Atomausstieg. In diesem Zusammenhang wurde auch diskutiert, ob eines der beiden Länder sich einen teuren Irrtum leiste. Hier zeigt sich, dass die deutsche Energiewende und der Atomausstieg in Ungarn

durchaus wahrgenommen werden. Ein vergleichbarer Weg stellt jedoch derzeit für die Mehrheit der ungarischen Politiker keine Option dar.

Dem Ziel, die Importabhängigkeit zu senken, dient auch das strategische Vorgehen der Regierung, in Ungarn tätige Tochterfirmen ausländischer Energiekonzerne aufzukaufen. Dies war etwa bei einer Tochter des deutschen Energiebetreibers EoN der Fall. Diese Strategie ist nicht ohne Risiken, da zukünftige Modernisierungen der Infrastruktur ohne fremdes Kapital finanziert und ohne die Kenntnisse erfahrener westlicher Unternehmen durchgeführt werden müssen.

Erneuerbare Energien werden in Ungarn derzeit unzureichend genutzt. Die Regierung will deren Anteil jedoch bis 2020 auf 13 Prozent erhöhen. Neben Biogas wird aufgrund der örtlichen Gegebenheiten vor allem auf Geothermie gesetzt. Um wirklich Anreize für erneuerbare Energien zu schaffen, sind die derzeitigen Einspeisepreise jedoch zu hoch. Der Fokus der Regierung in den vergangenen vier Jahren lag insbesondere auf der Senkung der Verbraucherpreise und der Planung des Ausbaus des Atomkraftwerks Paks. Für die neue Legislaturperiode bleibt zu hoffen, dass sich der Fokus in der Energiepolitik teilweise Richtung nachhaltiger Energieträger verschiebt und dafür auch finanzielle Anreize bereitgestellt werden.

#### ROLLE EUROPAS IN DER UNGARISCHEN ENERGIEPOLITIK

Ein wichtiger Faktor in der ungarischen Klimapolitik ist die Europäische Union. Im Zeitraum 2007 bis 2013 stellte die Europäische Kommission 4,9 Milliarden Euro an Konvergenzmitteln zur Verfügung. Die EU-Mittel des Finanzzeitraumes 2014 bis 2020 sollen, so die ungarische Regierung, u. a. zur Erhöhung der Energieeffizienz sowie zur Verbesserung der Wasserinfrastruktur und Abfallentsorgung eingesetzt werden. Die Zielvorgaben der Europa-2020-Strategie der EU stellen positive Anreize für die Entwicklung der Nachhaltigkeit in Ungarn dar.

Ein Schlüssel zum Erreichen der Nachhaltigkeitsziele der EU sind Energieeffizienz und mögliche Einsparpotenziale von Verbrauchern und Industrie. Knapp 70 Prozent der vier Millionen Wohnungen sowie der öffentlichen Gebäude entsprechen nicht den modernen funktions- und wärmetechnischen Anforderungen. Notwendig sind die Renovierung alter Plattenbauten und die Modernisierung veralteter Kraftwerke sowie die Erneuerung der Stromnetze. Die industrielle Energieeffizienz in Ungarn hat sich seit der Wende und vor allem in den letzten Jahren deutlich verbessert, ohne jedoch den Stand westeuropäischer Länder erreicht zu

haben. Sie ist im regionalen Vergleich zwar als positiv zu bewerten, dennoch benötigt Ungarn für die gleiche „Menge“ Wirtschaftsleistung mehr Energie als westliche Länder. Dies ist besonders relevant für die Wettbewerbsfähigkeit von energieintensiven Industrien, etwa der Chemieindustrie oder Metallverarbeitung. Ungarns Ziel ist es, bis 2020 eine Energieeinsparung von zehn Prozent zu erreichen.

#### UNGARN IN DER MULTILATERALEN KLIMAPOLITIK

Innerhalb der multilateralen Klimapolitik nimmt Ungarn durchaus eine aktive Rolle ein. Einerseits wurden in den vergangenen Jahren Konferenzen zum Thema Klimapolitik und Nachhaltigkeit abgehalten, andererseits ist das Land neben Indonesien Kovorsitzender der offenen Arbeitsgruppe zu den Nachhaltigen Entwicklungszielen SDG der Vereinten Nationen. Diese aus 30 Staaten bestehende Arbeitsgruppe soll Vorschläge hinsichtlich der SDGs ausarbeiten, die dann der Vollversammlung vorgelegt werden. Das Dokument mit den Fokusbereichen wurde vor kurzem angenommen und wird als Basis für die weitere Arbeit dienen.

Ein besonderer Fokus Ungarns liegt auf dem Trinkwasser. Das Land besitzt ungewöhnlich große Grundwasservorkommen und ist sich dieser Ressource zuletzt immer bewusster geworden. Entsprechend wurde 2013 die „Nationale Wasserstrategie“ verabschiedet, mit der die Wahrung und nachhaltige Nutzung dieses Standortvorteils gelenkt werden soll. Wichtig wird es in diesem Zusammenhang sein, die Anbindung jener Menschen zu gewährleisten, die noch immer ohne eine gesicherte Trinkwasserversorgung, moderne Kläranlagen oder eine funktionierende Abfallentsorgung auskommen müssen. Auf internationaler Ebene tat sich Ungarn im Bereich Wasserversorgung besonders durch den Budapest Water Summit im Oktober hervor. Gemeinsam mit den Vereinten Nationen und in Zusammenarbeit mit dem WWC diskutierten auf Grundlage der Ergebnisse der Rio+20-Konferenz Vertreter von Staaten und Experten drei Tage lang Fragen der zukünftigen Wasserversorgung.

#### FAZIT

Die Klimadebatte ist in der ungarischen Öffentlichkeit noch nicht so virulent wie in vielen anderen Ländern Europas. Es gibt jedoch viele Anzeichen, dass Ungarn sich seiner Verantwortung stärker bewusst wird. Die verschiedenen internationalen Konferenzen, die Tätigkeit in der SDG-Arbeitsgruppe und die neugeschaffenen Institutionen auf nationaler Ebene belegen dies. Zugleich besitzen momentan aber die Gewährleistung

der Energiesicherheit und die Diversifikation der Versorgung eine besondere Bedeutung. Der Ausbau des Atomkraftwerks in Paks in Zusammenarbeit mit Russland wird weiter kontrovers diskutiert werden. Gerade erneuerbare Energien, etwa Geothermie und Solarenergie, sollten in Ungarn noch mehr gefördert

werden, um nicht nur die Versorgungswege von Gas und Öl zu diversifizieren, sondern sich auch unabhängiger von traditionellen Energieträgern zu machen. Letztlich würde dies auch dem Umweltschutz zugutekommen.

## VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA

*Lars Hänsel*

Seit Beginn der Obama-Administration im Januar 2009 unterlag die Klimapolitik in den USA einem deutlichen Auf und Ab. Obama hatte noch im Wahlkampf angekündigt, gleich zu Beginn seiner Amtszeit eine profilierte und umfassende Klimagesetzgebung zu einem zentralen Anliegen machen und im Kongress durchsetzen zu wollen. Seitdem dies jedoch nicht gelang und die Klimapolitik Obamas durch den Senat abgelehnt wurde, wurde Klimapolitik eine politisch heikle Angelegenheit und verschwand weitgehend aus der öffentlichen Debatte.

In den vergangenen ca. zwölf Monaten gibt es jedoch ein neues Interesse sowohl in der Öffentlichkeit als auch im Kongress und in der Administration an Klimapolitik. In den vergangenen Monaten wurde eine Reihe von Studien veröffentlicht, welche jeweils Gegner und Befürworter einer engagierten Klimapolitik unterstützten. Interessengruppen investierten hohe Summen, um z. B. Fernsehwerbung zu schalten und die Öffentlichkeit von ihrer jeweiligen Position zu überzeugen. Gleichzeitig ist in der Öffentlichkeit der Klimawandel höchst umstritten. Nach einer im März 2014 veröffentlichten Studie der American Association for the Advancement of Science (AAAS) halten die meisten Amerikaner den Klimawandel für eine wissenschaftlich umstrittene These. Allerdings scheint sich hier bei den jüngeren Generationen ein Umdenken in Bezug auf die Anerkennung des anthropogenen Klimawandels zu vollziehen: Eine Umfrage des Pew Research Centers von März 2013 zeigt, dass nur 28 Prozent der über 65-jährigen Wähler an eine globale Erwärmung durch CO<sub>2</sub>-Ausstoß glauben, in der Wählergruppe der bis zu 50-Jährigen sind es bereits fast 50 Prozent.

Auch im Kongress gab es mehrere aufgeheizte Debatten. Am 7. April 2014 initiierten die Demokraten im Senat eine 30-stündige Diskussion zum Thema Klimawandel. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Klimapolitik

wieder eine zentralere Rolle einnimmt und zu einem wichtigen Thema bei den Zwischenwahlen im November 2014 und den Präsidentschaftswahlen 2016 wird.



*Das kalifornische Unternehmen Tesla Motors ist Vorreiter in der Produktion von Elektrofahrzeugen und elektrischen Antriebskomponenten. Die Serienproduktion emissionsfreier Sportwagen begann 2008.*

### OBAMAS KLIMAINITIATIVE

Was hat dieses neue Interesse an Klimapolitik ausgelöst? Einen wichtigen Impuls hatte Präsident Obama mit einer Rede im Juli 2013 an der Georgetown University gegeben. Mit dieser ersten großen Rede zur Politik in seiner zweiten Amtszeit nach der State-of-the-Union-Rede hatte der Präsident die Chance, nicht nur die Prioritäten seiner zweiten Amtszeit darzulegen, sondern auch deutlich zu machen, wie er die genannten Ziele erreichen möchte. Es ist wichtig festzuhalten, dass diese Rede zwar der Debatte über Klimapolitik in den USA wichtige neue Impulse gab, die Intention der Rede jedoch nicht eine umfassende Vision amerikanischer Klimapolitik war. Vielmehr sollte die Umsetzung wichtiger Schritte durch administrative Maßnahmen angekündigt werden. Damit war deut-